

HÄUSLICHER PFLEGE BRIEF

Für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozial-, Beratungs- und Pflegedienste in Kliniken, Spitälern, Beratungsstellen etc.



Ein Service des gemeinnützigen Pflege- und Betreuungsdienstes ISL GmbH

Ausgabe 1 / 2006

An die Hausärzte, die Pflegedirektionen und Stationsleitungen in Kliniken, Spitälern, Sanatorien, Alten- und Pflegeheimen, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Sozial- und Beratungsstellen der Bezirkshauptmannschaften, der Gemeinden, der sozialen Dienste sowie der Gesundheits- und Krankenpflegeschulen.

Lienz, im Jänner 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,



Siegfried Klammsteiner

gerne schicken wir Ihnen wieder eine weitere Ausgabe des Häuslichen Pflegebriefes zu. Einige Schwerpunkte, die Sie darin finden können, seien hier erwähnt.

Laut einer Studie, durchgeführt vom NPO-Institut der WU-Wien, gibt es in der Altenpflege noch viele Unzulänglichkeiten. Nicht nur was die Versorgungsdichte und die Angebote anbelangt, gibt es innerhalb von Österreich viele Unterschiede, auch die Preise, welche die Betroffenen für dieselbe Leistung bezahlen müssen, unterscheiden sich stark voneinander. Lesen Sie mehr dazu auf S. 3.

Handlungsbedarf besteht laut Aussagen des ÖÄK-Präsidenten ebenfalls in den Krankenhäusern. Die Einhaltung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes und der Abbau der Bürokratie sind ihm ein ganz besonderes Anliegen.

Private Altersvorsorge, zusätzlich zur gesetzlichen Rente, ist für viele schon eine Selbstverständlichkeit geworden. Mehr und mehr taucht die Frage auf, inwieweit es nicht auch Sinn macht oder notwendig ist, eine private Pflegeversicherung abzuschließen. Die AK-Wien hat das Angebot der privaten Pflegeversicherungen getestet und kann dazu Auskunft geben.

Die Volkshilfe Ausseerland wurde mit dem Pflege Award 2005 ausgezeichnet. Ein schöner Erfolg, der alle aufwertet, die sich mit großem Einsatz in der Pflege einbringen. Auf S. 13 können Sie mehr dazu erfahren.

Wir wünschen Ihnen und Ihren MitarbeiterInnen alles Gute für das Jahr 2006 und bedanken uns für die gute Zusammenarbeit im abgelaufenen Jahr.

Es grüßt Sie für das ISL-Team

Ihr

Siegfried Klammsteiner
(Geschäftsführer)

Inhalt

Kommentar

3 *Problematische Struktur der Altenpflege in Österreich*

Gesundheits- und Sozialpolitik

- 4 *Freiwillige Pensionsversicherung für pflegende Angehörige***
- 4 *Familienhospizkarenz: Echte finanzielle Absicherung fehlt immer noch***
- 5 *Potenziale ausschöpfen statt Betten zählen***
- 6 *Pensionsanpassung 2006 pro und kontra***
- 7 *Gute Arbeitsbedingungen im Spital unerlässlich***
- 7 *Gratis-Gripeschutzimpfung für Senioren gefordert***

Innovationen und Trends

- 8 *Neue berufliche Perspektiven für ArbeitnehmerInnen im Sozialbereich***
- 8 *Modell für Hauskrankenpflege***
- 9 *Pflege zu Hause als Herausforderung***
- 9 *Termine***

Vermischtes

- 10 *Arbeiterkammer Wien testet private Pflegeversicherungen***
- 11 *Ordinationsplakate zu Handystrahlen in Arztpraxen***
- 11 *Wiener Schmerztag gut angenommen***
- 12 *Ich habe gut zuhören können - Erfahrungen eines erfüllten Lebens***
- 13 *Volkshilfe Ausseerland gewinnt Austria Pflege Award***
- 14 *Pflegebereitschaft bei Angehörigen nimmt ab***
- 14 *Selbstversicherung für pflegende Angehörige***

Neues vom ISL

- 15 *Abschied nehmen zu Hause - Programm zur Sterbebegleitung***
- 15 *Wie kommen wir uns näher, wenn Sie eine Anfrage zur Pflege haben?***

Impressum

„Häuslicher Pflegebrief“, ein kostenloser Service des Privaten Pflege- und Betreuungsdienstes ISL gGmbH für Mitarbeiter der Sozial-, Beratungs- und Pflegedienste in Kliniken, Spitälern und Beratungsstellen, erscheint vierteljährlich in einer Auflage von 6000 Exemplaren. Er wird auch an Hausärzte und Mitarbeiter der Sozialsprengel verteilt.

Herausgeber: Privater Pflege- und Betreuungsdienst ISL gemeinnützige GmbH, Dr.-Karl-Renner-Straße 22, 9900 Lienz.

Verantwortliche Redaktion: Siegfried Klammsteiner, Dr.-Karl-Renner-Straße 22, 9900 Lienz, Telefon 08 10 / 24 24 07.

Graphische Gestaltung: Ing. Karl Ebinger, www.ebingernet.com

Druck: Oberdruck, 9991 Dölsach-Stribach 70.

Dieser Ausgabe liegt Informationsmaterial zu den Pflegeprogrammen der ISL gGmbH bei. Wir bitten um freundliche Beachtung.

Problematische Struktur der Altenpflege in Österreich

Versorgung ungleich verteilt, wenig Innovation, Schwarzarbeit

Die Altenpflege stellt für die Gesellschaft zweifelsohne eine große Herausforderung dar. Unzählige Helfer sind im Einsatz, um den Menschen, die auf die Hilfe anderer angewiesen sind, im Rahmen des Machbaren ein Stück Lebensqualität zu ermöglichen. Doch wie eine Studie des NPO-Instituts der WU-Wien aufzeigt, gilt es noch viele Mängel zu beheben, bei der vor allem die Politik durch die Schaffung der entsprechenden Rahmenbedingungen gefordert ist.. 1

* Die Qualität der Pflege und Betreuung hängt in Österreich in erster Linie vom Wohnort ab.

* Bei der Höhe des Selbstbehalts für die gepflegten Menschen gibt es dramatische Unterschiede.

* Der Dialog der Öffentlichen Hand mit den tatsächlichen Erbringern der Leistungen - den Trägern - findet nicht ausreichend statt.

Zu diesen Schlussfolgerungen kommt eine im Auftrag der BAG durchgeführte Erhebung (BAG = Bundesarbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrt, Träger sind die fünf großen Pflegeorganisationen Caritas, Diakonie, Hilfswerk, Rotes Kreuz und Volkshilfe).

Die Vertreter der großen Hilfsorganisationen arbeiteten bei einer Pressekonferenz folgende Punkte heraus:

"Die Versorgungsdichte und das Angebot an Betreuungsmöglichkeiten ist in den einzelnen Bundesländern Österreichs stark unterschiedlich", beschreiben die Studienautorinnen Ruth Simsa und Christian Schober vom NPO-Institut der Wirtschaftsuniversität Wien die Struktur der Altenpflege und -betreuung in Österreich. Die Preise, die die Betroffenen für die Pflege zu bezahlen haben, unterscheiden sich stark. "Im Extremfall zahlt ein Kunde für ein und dieselbe Leistung um bis zu 42% mehr, nur weil er im falschen Bundesland lebt", zeigt Schober die Auswirkungen der unterschiedlichen Förderpolitik der Länder auf.

"Statt neun verschiedene Modelle der Altenbetreuung für jedes einzelne Bundesland entwickeln zu müssen, wollen wir Modelle nach den individuellen Bedürfnissen der alten Menschen umsetzen", betont Diakonie-Direktor Michael Chalupka und fordert eine Versorgung nach einheitlichen Standards für ganz Österreich. "Am zielführendsten wäre ein Rahmengesetz, das die Standards für Betreuung und Pflege alter Menschen in Österreich bundesweit einheitlich regelt", so Chalupka weiter.

"Im Interesse der von der Pflegebedürftigkeit betroffenen Personen muss einmal eindeutig definiert werden, was im Pflegefall Betroffene und Angehörige als Mindeststandard in allen Bundesländern erwarten können", fordert Caritas-Generalsekretär Stefan Wallner, "Dazu der Anteil, den die

Solidargemeinschaft trägt, bis hin zu einem Rechtsanspruch auf eine entsprechende Pflegeabsicherung."

"Die Entwicklungspläne der öffentlichen Hand sind wenig innovativ, lückenhaft, oft auch ineffizient, weil der notwendige Dialog mit den Trägern fehlt", sagt Josef Weidenholzer, Präsident der Volkshilfe Österreich, "wir fordern als BAG diesen Dialog ein, um den notwendigen Ausbau der mobilen Dienste und der teilstationären Einrichtungen sinnvoll planen zu können. Damit die Menschen möglichst lange in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können und die Angehörigen bei der Pflege entlastet werden."

"Das derzeitige System ist zu wenig passgenau", ergänzt Werner Kerschbaum, stv. Generalsekretär des Österreichischen Roten Kreuzes. "Um den derzeitigen und zukünftigen Pflegebedarf - insbesondere im Bereich der Demenzerkrankungen - abdecken zu können muss rasch ein Ausbau der bestehenden Betreuungsangebote wie z.B. teilstationäre Einrichtungen (Tageszentren) und der mobile Pflege erfolgen. Und es muss eine entsprechende Entwicklung und Umsetzung von alternativen Betreuungsformen z. B. Wohngemeinschaften oder Hausgemeinschaften forciert werden. Faktum ist, dass derzeit ein großer Pflege- und Betreuungsbedarf von Personen im Rahmen von illegalen Beschäftigungsverhältnissen abgedeckt wird. Und das bedeutet langfristig wiederum, dass das bestehende System der Pflege und Betreuung ausgehöhlt wird und keine innovativen Entwicklungen von Seiten der öffentlichen Hand gefördert werden", so Kerschbaum.

"Die künstliche Trennung zwischen dem Gesundheits- und Sozialbereich verhindert abgestimmte und ökonomisch vernünftige Lösungen und verursacht an den Schnittstellen für die Betroffenen ärgerliche und insgesamt teure Reibungsverluste. Leider ist es im Zuge des Österreich-Konvents nicht gelungen, hier eine Bereinigung im Sinne einer Bündelung der Kompetenzen herbei zu führen", sagt Hilfswerk-Präsident Othmar Karas. "Umso wichtiger ist es jetzt, dass in Zukunft die Pflege bei allen Entscheidungen im Gesundheitsbereich mit eingebunden wird", fordert Karas. "Dies gilt insbesondere für die neu gegründete Bundesgesundheitsagentur, bei der die Pflege unverständlicher Weise noch nicht vertreten ist, und für alle Länderplattformen, die gerade eingerichtet werden", so Karas abschließend.

Dem ist aus meinem Erfahrungsschatz nichts hinzuzufügen.
Siegfried Klammsteiner

1 Die hier abgedruckte Zusammenfassung ist der Presseaussendung vom Österreichischen Hilfswerk entnommen, die anlässlich der Präsentation der Studie durchgeführt wurde. Quelle: www.hilfswerk.at

Pressestelle des ÖVP-Parlamentsklubs

Freiwillige Pensionsversicherung für pflegende Angehörige

Wien 19. Oktober 2005 (ÖVP-PK) - Für mich als Präsidentin des Hilfswerkes ist die Möglichkeit einer freiwilligen Pensionsversicherung für Zeiten der Pflege naher Angehöriger besonders wichtig. Von dieser Neuerung werden hauptsächlich Frauen profitieren, betonte ÖVP-Frauensprecherin Abg. Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler, heute, Mittwoch in ihrer Rede vor dem Nationalrat.

Die monatliche Beitragsgrundlage soll sich auf 1.350 Euro belaufen, das ist jener Betrag, der



Mag. Elisabeth Scheucher-Pichler Die neue Selbstversicherung soll auch neben einer die Pflichtversicherung begründenden Erwerbstätigkeit bestehen können.

auch als allgemeine Beitragsgrundlage für Kindererziehende herangezogen wird. Den fiktiven Dienstgeberbeitrag zu dieser Selbstversicherung übernimmt der Bund. Somit hat die selbst versicherte Pflegeperson einen monatlichen "Eigenbeitrag" von 138,38 Euro zu bezahlen.

Die neue Selbstversicherung soll auch neben einer die Pflichtversicherung begründenden Erwerbstätigkeit bestehen können. "Gerade auch die Neuregelungen bei PraktikantInnen halte sie für besonders wichtig. Seit 1991 besteht nämlich der untragbare Zustand, dass die

Krankenkassen die Beiträge für PraktikantInnen, die im Rahmen ihres Praktikums kein Entgelt bekommen, nicht eingehoben haben. Die neue Regelung liegt also im Interesse der Institutionen, die Praktikumsplätze anbieten, aber vor allem auch im Interesse der PraktikantInnen. Hier wird eine Lücke geschlossen und klare Regelungen werden geschaffen", so die Abgeordnete weiter. "Sie werden nun endlich leistungsrechtlich in der Unfallversicherung den Erwerbstätigen und nicht den Schülern gleichgestellt. Bezahlte Praktika fallen nicht unter diese Regelung."

Die Abgeordnete wies Aussagen von Seiten der Opposition in Bezug auf die neue PraktikantInnen-Regelung als "unseriös und generalisierend" zurück. In der Regel sei es nicht so, dass PraktikantInnen als normale Arbeitskräfte eingesetzt würden.

"Wir alle bekennen uns zu einer praxisorientierten Ausbildung - Bildungseinrichtungen, NGOs usw. engagieren sich, um PraktikantInnen entsprechend zu begleiten, ihnen etwas mitzugeben. Ich denke, dass das ein gangbarer Weg ist, der die gute Qualität der Ausbildungen gerade im Sozial-Gesundheitsbereich sicherstellt, und der auch Garant dafür ist, dass es die notwendigen Praktikumsplätze gibt", schloss Scheucher-Pichler.

Bild: Fotodienst ÖVP

Pressedienst der SPÖ

Familienhospizkarenz: "Echte finanzielle Absicherung fehlt immer noch"

Wien, 18. Oktober 2005 (SK) - "Nach wie vor fehlt bei der Familienhospizkarenz eine echte finanzielle Absicherung, z.B. in Form einer Art Karenzgeld für pflegende Angehörige", stellte SPÖ-Behindertensprecherin Christine Lapp zur heute vom Ministerrat beschlossenen Anhebung der Einkommensgrenze von 500 auf 700 Euro, bis zu

der um finanzielle Zuschüsse aus dem Härtefonds angesucht werden kann, fest. Zwar sei die Verbesserung sowohl was die Anhebung der Verdienstgrenze als auch was die Ausweitung von sechs auf neun Monate für zu pflegende schwer kranke Kinder betreffe, nicht grundsätzlich abzulehnen, aber an der Tatsache, dass die Familien-

hospizkarenz weiterhin finanzielle Probleme verursache und daher unattraktiv bleibe, ändere sich leider sehr wenig, so Lapp gegenüber dem SPÖ-Pressedienst. Gerade weil es sich bei der Familienhospizkarenz um eine äußerst wichtige und gute Idee handle, dürfen pflegende Angehörige nicht zu Bittstellern degradiert oder in die Armutsfalle gedrängt werden, betonte die SPÖ-Behindertensprecherin.

Einen Rechtsanspruch auf existenzsichernde Leistungen für pflegende Angehörige aufgrund des Verdienstentganges zu schaffen, müsste eigentlich auch im Interesse der Bundesregierung sein, da laut einer Evaluierung des Wirtschaftsministeriums 48 Prozent der Befragten genau diesen feh-

lenden Umstand als äußerst belastend angegeben hatten, so Lapp weiter. Wichtig sei es zudem auch noch, dass grundsätzlich mehr für Informationsveranstaltungen zum Thema Pflege (Pflege zu Hause - von Profis lernen, Pflegestammtische - Infoaustausch von betroffenen Angehörigen) getan werde.



Mag. Christine Lapp:

"Auch durch mehr Information kann verhindert werden, dass für Betroffene die Pflege von Angehörigen ein Sprung ins kalte Wasser wird"

Bild: Fotodienst SPÖ

Landespressestelle Vorarlberg

Potenziale ausschöpfen statt Betten zählen

LStH. Bischof präsentierte Konzept für tageschirurgische/tagesklinische Versorgung

Bregenz, 25. Oktober 2005 (VLK) - Um das Ziel einer wohnortnahen, qualifizierten und modernen, aber auch wirtschaftlich sinnvollen Gesundheitsversorgung zu erreichen, müssen auch die Potenziale einer tageschirurgischen/tagesklinischen Betreuung ausgeschöpft werden. Ein entsprechendes Konzept präsentierte Landesstatthalter Hans-Peter Bischof.

Aufgrund des medizinischen Fortschrittes ist bei vielen Eingriffen keine stationäre Aufnahme mehr nötig, sondern der Patient kann das Spital bereits nach wenigen Stunden wieder verlassen. Bischof: "Ziel unseres Konzeptes ist es daher, solche Behandlungen unter Einhaltung der hohen Qualitätsstandards in unseren Krankenhäusern mit möglichst geringer Belastung der Krankenhaus-Ressourcen abzuwickeln."

Auf Basis der Daten des Jahres 2004 wurden für die Krankenhäuser in Bregenz, Feldkirch, Hohenems, Bludenz und Dornbirn insgesamt ca. 15.000 operative Eingriffe ermittelt, die potenziell tageschirurgisch abgewickelt werden könnten. Der Katalog tageschirurgischer Leistungen umfasst ca. 50 medizinische Einzelleistungen.

Um die Möglichkeiten der tageschirurgischen und tagesklinischen Betreuung bestmöglich zu nutzen, sollen dafür in den Spitälern eigene zentrale Strukturen geschaffen werden, die interdisziplinär geführt werden. Diese Einheiten sollen mit eigenem Aufnahme- und Wartebereich, Untersuchungsraum, Besprechungszimmer, Operationsaal, Ruheraum und Überwachungs-Stützpunkt ausgestattet sein. Durch die Einrichtung solcher Funktionsbereiche in den Krankenhäusern wird der stationäre Bereich wesentlich entlastet. Im Gegenzug zu den aufzubauenden Bettenkapazitäten im tageschirurgischen Bereich (39 Betten) kann mit einem maximal möglichen Bettenabbau in Höhe von insgesamt ca. 149 Betten auf den Stationen der Spitäler gerechnet werden.

LStH. Bischof: "Der Abbau von Akutbetten ist auch in Vorarlberg notwendig und möglich. Aber wie durch andere europäische Länder bewiesen, wird die Qualität der Versorgung nicht durch die Anzahl der Betten bestimmt. Der Schlüssel zum Erfolg unseres Gesundheitswesens liegt neben der Implementierung der tagesklinischen/tageschirurgischen Versorgung eindeutig in einem zwar abgestimmten, aber tief vernetzten Versorgungs-

system, wie wir es etwa in unseren Krankenhäusern Feldkirch und Rankweil aufgebaut haben."

Die Basis zur Umsetzung des Konzeptes konnte Bischof gestern, Montag, in Wien bei Gesundheitsministerin Maria Rauch-Kallat legen. Im Zuge der Verhandlungen über den Österreichischen Strukturplan Gesundheit (ÖSG) wurde in wichtigen Eckpunkten eine Einigung erzielt. Bischof begrüßt den damit eingeleiteten Paradigmenwechsel - weg von der Betrachtung der Spitals-



Lsth. Hans-Peter
Bischof

bettenzahl hin zu einer qualitätssichernden Angebotsplanung: "Statt reinem Bettenzählen können wir künftig alle zur Verfügung stehenden Ressourcen bestmöglich nutzen. So wird eine bedarfsgerechte, qualitativ hochwertige und gleichwertige Versorgung in Vorarlberg sichergestellt." (gw) Foto: VLK

Österreichischer Seniorenbund / Sozialistische Korrespondenz

Pensionsanpassung 2006 pro und kontra

2,5 % für alle Pensionen bis 1875 Euro - Höhere Pensionen erhalten 47 Euro

Salzburg, 25. Oktober 2005 (OTS) - Im Rahmen einer in Salzburg stattfindenden Sitzung der Landesgeschäftsführer des Österreichischen Seniorenbundes wird die vom Ministerrat beschlossene Regelung der Pensionsanpassung 2006 ausdrücklich begrüßt. Bis 1875 Euro werden alle Pensionen mit 2,5 %, darüber liegende mit einem Fixbetrag von 47 Euro, erhöht.

Die Pensionserhöhung 2006 wurde heute im Ministerrat offiziell beschlossen. Alle Pensionen bis 1875 Euro werden mit der vollen Inflationsrate von 2,5 % erhöht, die Bezieher höherer Pensionen erhalten einen Fixbetrag von rund 47 Euro, der aber keine Einmalzahlung darstellt, sondern die Pensionen auf Dauer steigert.

"Mit der Pensionsanpassung 2006 - womit über 90 % aller Pensionen mit der vollen Inflationsrate abgegolten werden - sowie der außertourlichen Erhöhung der Ausgleichszulagen für Alleinstehende auf 690 Euro beweist die Bundesregierung wieder einmal ihre soziale Kompetenz und dies ist ein wirklicher Grund zur Freude", so die Landesgeschäftsführer des Österreichischen Seniorenbundes in einer gemeinsamen Erklärung.

Rückfragehinweis:

Österreichischer Seniorenbund

Mag. Michael Schleifer, Tel.: (01) 40126/154

Wien, 25. Oktober 2005 (SK) - "In den letzten fünf Jahren hat es Jahr für Jahr reale Pensionskürzungen gegeben. Die für 2006 geplante Mini-Anpassung kann die Verluste, die die Pensionistinnen und Pensionisten unter der Regierung Schüssel hinnehmen mussten, bei weitem nicht wett machen", sagte SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Doris Bures in Reaktion auf die Beschlussfassung im Ministerrat.

Jemand mit einer 1000-Euro-Pension hätte mittlerweile durch die jahrelangen Nichtanpassungen und die Tricks mit Einmalzahlungen, die in den darauf folgenden Jahren nicht mehr zu Buche schlagen, 75 Euro im Monat an Kaufkraft verloren, erinnerte Bures. Die Preise seien im Zeitraum 2000 bis 2005 um knapp 13 Prozent gestiegen, die Pensionen wurden hingegen nur um fünf Prozent erhöht. Bures gab außerdem zu bedenken, dass die beschlossene 2,5-prozentige Erhöhung wohl auch wieder unter der tatsächlichen Inflationsrate des Jahres 2006 liegen werde. Schließlich sei die September-Inflation des heurigen Jahres bereits bei 2,6 Prozent gelegen.



Doris Bures
SPÖ-BundesGF

Bild: Fotodienst SPÖ

Ärzttekammer: Gute Arbeitsbedingungen im Spital für Qualitätssicherung unerlässlich

Brettenthaler: "Oberstes Gebot der Qualitätssicherung ist die Einhaltung der gesetzlichen Arbeitszeiten für Spitalsärzte und die Reduktion der Bürokratie"

Wien, 4. November 2005 (ÖAK) - Anlässlich der immer wieder auftauchenden Forderung nach einheitlichen Qualitätsstandards für österreichische Spitäler hat der Präsident der Österreichischen Ärztekammer (ÖÄK), Dr. Reiner Brettenthaler, heute erneut eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Spitalsärztinnen und -ärzte eingemahnt.

Die wichtigsten Faktoren für die Qualitätssicherung in den Spitälern, nämlich die Einhaltung des Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetzes und die Reduktion überflüssiger Bürokratie, seien derzeit trotz wiederholter Warnungen der Ärzteschaft nicht gegeben, kritisierte der ÖÄK-Präsident in einer Aussendung. Brettenthaler: "Solange diese zentralen Ziele nicht verwirklicht sind, ist es illusorisch, einheitliche Qualitätsstandards zu fordern. Mehr Zeit für die Patienten ist nur durch ausgeruhte Ärzte zu erzielen, die nicht mit Bürokratie überfrachtet sind."

Als weitere Maßnahmen zur Qualitätssicherung in den Spitälern nannte Brettenthaler die Verbesserung der Ausbildungssituation der Turnusärzte und die Bereitstellung höherer Förderungsmittel für die Absolvierung einer Lehrpraxis junger Ärzte

in den Ordinationen niedergelassener Allgemeinmediziner und Fachärzte. "Nur so können wir die Qualität insgesamt verbessern. Einzelne Qualitätszertifikate nach amerikanischen oder sonstigen internationalen Kriterien helfen uns angesichts der miserablen Arbeitsbedingungen der Spitalsärzte österreichweit nicht weiter. Die Probleme liegen viel tiefer. Es gilt, sie endlich an der Wurzel zu packen und nicht, wie derzeit, konsequent zu ignorieren", so Brettenthaler, der daran erinnerte, dass sieben von zehn Spitälern in Österreich gegen das Krankenanstalten-Arbeitszeitgesetz verstoßen.

Der ÖÄK-Präsident nahm mit seiner Aussendung auf eine Äußerung des Wiener Pflegeombudsmanns Werner Vogt Bezug, der gestern anlässlich der Verleihung eines Qualitätszertifikats nach US-Standards an ein Krankenhaus des Spitalbetreibers VAMED in Kapfenberg "einheitliche Qualitätsstandards" für alle heimischen Spitäler gefordert hatte.

**Rückfragehinweis:
Pressestelle der
Österreichischen Ärztekammer
Tel.: (+43-1) 513 18 33**

Gratis-Grippeschutzimpfung für Senioren gefordert

Bregenz (OTS) - Die Sozialsprecherin des BZÖ Vorarlberg, Alise Zagonel, nimmt die bevorstehende kalte Jahreszeit zum Anlass, eine Gratis-Grippeschutzimpfung für einkommensschwache Senioren zu fordern. Zagonel wörtlich: "Die kalte Jahreszeit steht vor der Tür und der erste Schnupfen und die erste Grippe lassen nicht mehr lange auf sich warten. Wir dürfen diesbezüglich nicht auf die älteren Menschen, die mit

einer mageren Pension auskommen müssen, vergessen. Sie gilt es, zu unterstützen, damit sie sich die Impfung, die Leben retten kann, leisten können!" Das BZÖ denke hierbei an jene Pensionsbezieher, deren Bruttopension den Betrag von 900 Euro (Alleinstehende) bzw. 1.300 Euro (Familienbruttopension) nicht übersteige, so Zagonel. Gesundheitslandesrat Bischof sei hier gefordert, sich darum zu kümmern, dass bei Vorlage der jeweiligen Pensionsbestätigung die Impfkosten vom Land übernommen werden. Rückfragehinweis: BZÖ Vorarlberg Tel. 0664/2633777

Neue berufliche Perspektiven für ArbeitnehmerInnen im Gesundheits- und Sozialbereich – „Horizonte 40+ „

Personen, die im Gesundheits- und Sozialbereich arbeiten, sind starken körperlichen und psychischen Belastungen ausgesetzt, die langfristig Gesundheit und Einsatzfähigkeit beeinträchtigen können.

Im Rahmen der Equal-Entwicklungspartnerschaft „Blickwechsel – Neue Perspektiven für den Gesundheits- und Sozialbereich“ hat das BBRZ (Berufliches Bildungs- und Rehabilitationszentrum) eine Einrichtung für Menschen, die in pflegenden bzw. betreuenden Berufen tätig sind und unter einer gesundheitlichen Beeinträchtigung leiden, geschaffen.

Ziel der Projektarbeit ist die **Erhaltung der Arbeitsfähigkeit**, auch wenn bereits eine körperliche oder psychische Einschränkung vorhanden ist.

Durch individuelle Beratung und Unterstützung sowie mit berufsbegleitenden Seminaren zu den Themen Gesundheitsförderung, Karriereplanung und Weiterbildung, werden betroffene Personen befähigt an ihrem Arbeitsplatz weiterhin erfolgreich tätig zu sein oder in ein anderes Berufsfeld zu wechseln.

Das gesamte Angebot ist kostenlos und die Einzelberatung auf Wunsch anonym. Das Projekt wird aus Mitteln der österreichischen Bundesregierung (Behindertenmilliarde) und des Europäischen Sozialfonds gefördert.

Informationen und Terminvereinbarung:

Telefon 01/ 74022 - 484

Journaldienstzeiten: Mo 13.00-18.00,

Di, Mi 9.00-16.00, Do, Fr 9.00-12.00

Homepage www.equal-blickwechsel.at (ab November), Mail: horizonte@bbrz.at

Horizonte 40 + hilft durch:

Unterstützung bei beruflichen Veränderungen

Karriere- und Bildungsplanung

Berufsorientierung, Bewerbungstraining, Gesundheitsförderung

Beratung bei gesundheitlichen Problemen am Arbeitsplatz

Angesprochene Berufsgruppen:

Dipl. KrankenpflegerInnen, PflegehelferInnen

Medizinisch technische Fachkräfte

AbteilungshelferInnen

HeimhelferInnen, SanitäterInnen

BehindertenbetreuerInnen

MitarbeiterInnen sozialer Einrichtungen

SozialarbeiterInnen

ÄrztInnen, Berufs- und SozialpädagogInnen

Verwaltungskräfte, HausarbeiterInnen

Modell für Hauskrankenpflege

In den Bundesländern Burgenland, Kärnten und Wien hat das Österreichische Rote Kreuz ein Projekt in der Hauskrankenpflege gestartet mit dem Titel „Gut versorgt bis zuletzt“. Der Schwerpunkt des Projektes liegt darauf, die Entwicklung integrierter Versorgungsangebote zu erproben.

Für schwerkranke Menschen ist es oft ein großer Wunsch zu Hause betreut zu werden. Um das zu ermöglichen, müssen Ärzte, Pflegepersonal, die Angehörigen und weitere unterstützende Institu-

tionen koordiniert werden. Die wissenschaftliche Begleitung und Bewertung des Pilotprojektes wird durch die Abteilung Palliative Care und Organisationsethik an der Universität Klagenfurt durchgeführt.

Es bleibt abzuwarten, zu welchen Ergebnissen das Modellprojekt führt und ob es gelingt, die eingebundenen Akteure und Organisationen auf das Wohl der Patienten und Angehörigen abzustimmen.

Eigener Bericht

Pflege zu Hause als Herausforderung

Umfassende Informationen als Hilfestellung

Da ungefähr 80 Prozent der Pflege in Österreich durch Angehörige erbracht wird, kommt diesem Bereich zunehmend eine große Bedeutung zu. Die Situation der pflegenden Angehörigen und all jener Fachkräfte, die mit ihnen zusammenarbeiten, rückt in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses.

Pflege zu Hause stellt eine existentielle Herausforderung für die pflegenden Angehörigen dar, weil sie oft über Jahre erfolgt und vielfältige Anforderungen mit sich bringt. In diesem Zusammenhang möchten wir auf eine Initiative der Volkshilfe Steiermark hinweisen, die in Kooperation mit den anderen Volkshilfen in Österreich ein bemerkenswertes Magazin für pflegende Angehörige herausgibt. "Zu Hause pflegen" lautet der Titel der Zeitschrift, die vier Mal im Jahr erscheint. Parallel dazu gibt es die Homepage www.zuhausepflegen.at

Auf ihr finden sich persönliche Erfahrungsberichte von Pflegebedürftigen, ihren Angehörigen und ihren BetreuerInnen unter der Rubrik "Pflege und Betreuung". Ein eigener Teil der Homepage widmet sich dem Thema "Wohlfühlen und Gesundheit" bzw. dem Bereich "Service und Hilfsmittel".

Neu erschienen ist auch eine Sonderausgabe der Zeitschrift mit dem Titel "Demenz - Das schleichende Vergessen". Anhand von Fallbeispielen wird eine Einführung in die Problematik gegeben, praktische Tipps und Beratungsadressen runden die Servicebroschüre ab. (ke)



Aktuelle Themen:
 Selbständiges Wohnen trotz schwerer Sehbehinderung, Pflegende brauchen Freiräume, Bewegen statt Heben, Enttabuisierung von Inkontinenz

TERMINE

7. Dezember 2005, von 9 - 16:30 Uhr
Demenz - eine Herausforderung für Pflege und Betreuung
 Fachtagung im Rudolfinerhaus
 Bildungsgebühr
 € 110.- für ÖGKV-Mitglieder und Mitglieder des AbsolventInnenvereins der Schule für Gesundheits- und Krankenpflege am Rudolfinerhaus
 € 132.- für Nicht-Mitglieder
 Ort: Akademie für Gesundheits- und Sozialberufe am Rudolfinerhaus
 Billrothstraße 78, A-1190 Wien
 Information/Anmeldung: Bundesverband ÖGKV, Fax (01) 478 27 10-9

14. bis 16. Februar 2006
Altenpflege & ProPflege 2006
 (Fachmesse & Kongress)
 Messegelände Hannover
http://www.heckmannmbh.de/start_ap_de

16. bis 18. Februar 2006
WIT - 2006 Wiener Intensivmedizinische Tage
 Allgemeines Krankenhaus (AKH) Wien
 Hörsaalzentrum
 Währinger Gürtel 18-20, A-1090 Wien
 Info: www.intensivmedizin.at

31. Mai bis 3. Juni 2006
6. Zentraleuropäischer Orthopädiekongress - CEOC 2006
 Convention Center Graz, Austria
 Info: Mondial Congress
 Operngasse 20B
 A-1040 Wien
 Tel: +43 1 588 04-0
 Fax: +43 1 588 04 185

6. bis 8. Juni 2006
Österr. Heimleiter-Kongress 2006
 "I kumm glei - Qualität und Vernetzung in unserer Verantwortung?"
 Veranstaltungsadresse: Dornbirn, Vorarlberg
<http://www.lebensweltheim.at>

23. - 25. November 2006
5. DREILÄNDER KONGRESS NEPHROLOGISCHE PFLEGE EDTNA/ERCA (Nierenkrankheiten)
 Konstanz
 Info: EDTNA/ERCA
 Uschi Gaspar
 In Den Beunen 6
 D - 65479 Raunheim
 Tel.: +49-6142-408549
 Fax: +49-6142-408551

Arbeiterkammer Wien

AK testet private Pflegeversicherungen

Wien (OTS) - Das Angebot privater Pflegegeldversicherungen ist noch sehr eingeschränkt. Ein AK Test bei den fünf Anbietern zeigt: Die Leistungen sind überaus unterschiedlich, es gibt zwei sehr ungleiche Produktarten. Die geführten Beratungsgespräche waren zufriedenstellend. "Potenzielle private Vorsorgewillige sollten nicht nur die Preise, sondern auch die angebotenen Leistungen prüfen", rät AK Konsumentenschützer Thomas Eisenmenger. Da die unterschiedlichen Produkte den Vergleich erschweren, ist ein gutes Beratungsgespräch um so wichtiger.

Jeder 25. Österreicher braucht ständig Pflege. Pflegebedürftige haben einen gesetzlichen Anspruch auf Pflegegeld. Es gibt sieben Stufen, die Höhe hängt vom Pflegeaufwand ab. Wer privat vorsorgen will, kann auch eine private Pflegeversicherung abschließen. Die AK hat den VKI beauftragt, die derzeit fünf angebotenen Pflegeversicherungen zu prüfen - Generali, Quelle, Wiener Städtische, Uniqa, Oberösterreichische Versicherung. Dabei wurden drei persönliche und zwei telefonische verdeckte Beratungsgespräche geführt.

Generell werden zwei Pflegeversicherungs-Produkte mit unterschiedlichen Leistungen angeboten. Generali, Quelle und Wiener Städtische richten sich bei ihren Angeboten nach der gesetzlichen Pflegestufe. Wird Pflegebedürftigkeit festgestellt, wird gezahlt. Wie viel der Versicherte an Rente im Monat erhält, hängt von der Pflegebedürftigkeit (Pflegestufe) und dem gewählten Vertrag (Tarif) ab. Hingegen zahlen Uniqa und die Oberösterreichische Versicherung erst, wenn die von ihnen festgelegten Parameter nicht erfüllt sind, z.B. aufstehen, zu Bett gehen, An- und Auskleiden, aufs WC gehen, usw.

Quelle zahlt die Rente ab Pflegestufe fünf, Generali schon ab Stufe eins, die Wiener Städtische je nach gewähltem Tarif ab Pflegestufe eins oder vier. Wenn nach Abschluss des Vertrages der Versicherungsfall (Pflegebedürftigkeit) eintritt, zahlt

die Städtische sofort, Generali nur, wenn diese durch einen Unfall hervorgerufen wurden. Ansonsten ist bei allen eine Wartezeit bis zu einem Jahr einzuhalten. Keine Leistung erhält der Pflegende, wenn er ins Spital muss (Ausnahme: Wiener Städtische) oder bei vorübergehender Pflegebedürftigkeit (Ausnahme: zeitlich begrenzte Leistungen, bei Generali maximal 60 Tage innerhalb von zwei Jahren und Uniqa maximal 45 Tage pro Jahr). Ausgezahlt wird eine Rente, ein Nachweis - außer bei Uniqa - für die Verwendung ist nicht nötig.

Will der Konsument nur schwere Pflegebedürftigkeit absichern, ist das Produkt von Quelle ausreichend. Aber: je später eingestiegen wird, desto weniger Leistungen gibt es bei Pflegebedürftigkeit. Bei den Tarifen der Generali ist ein früher Einstieg nicht nötig, da die Tarife linear durchgerechnet sind.

"Wer also eine private Pflegeversicherung abschließen will, sollte die Preise vergleichen, aber auch, ab und in welcher Höhe Leistungen erbracht werden", sagt Eisenmenger. Eine umfangreiche und kompetente Beratung ist daher wichtig. Alle fünf geführten Beratungsgespräche waren aus Konsumentensicht okay.

Tipps der AK Konsumentenschützer

- + Eine private Pflegeversicherung kann durchaus sinnvoll sein, aber beachten Sie auch andere Vorsorgeformen, z.B. Sparbuch, Bausparen oder eine Lebensversicherung.
- + Wer sich für eine private Pflegeversicherung entscheidet, sollte genau vergleichen - die Preis- und Leistungsunterschiede sind enorm.
- + Prüfen Sie nicht nur den Preis, sondern auch die Leistungen und Zusatzleistungen.
- + Holen Sie mehrere Angebote ein.

SERVICE: Die Erhebung findet sich im Internet unter: www.konsumentenschutz.at

Ordinationsplakate zu Handystrahlen in Arztpraxen

Ärzttekammer setzt Informationsschwerpunkt in Wien - "Handys raus aus dem Wartezimmer"

Wien, 4. November 2005 (ÄK-Wien) - In den nächsten Tagen werden alle Wiener Arztpraxen Ordinationsplakate von der Ärztekammer erhalten, auf denen vor den möglichen gesundheitlichen Gefahren durch häufiges und unkontrolliertes Telefonieren mit dem Handy gewarnt wird. Aufgelistet werden dabei auch die "10 medizinischen Handy-Regeln", die eine maximale Reduzierung der Strahlenexposition garantieren sollen, ganz nach dem Motto "Sicher ist sicher".

"Wir haben uns zu dieser Aktion entschlossen, da aufgrund der Ergebnisse letzter Studien mögliche negative Langzeitwirkungen durch Mobilfunkstrahlen nicht auszuschließen sind", betonte dazu der Wiener Ärztekammerpräsident Walter Dorner. Für die Ärzteschaft gelte dabei uneingeschränkt das Vorsorgeprinzip: "Solange sich die Hinweise auf Langzeitgefährdungen des Menschen in Laborversuchen verdichten und wir die Spätfolgen nicht wirklich abschätzen können, ist maximale Vorsicht anzuraten."

In den "Handy-Regeln" rät die Ärztekammer z.B. nur in dringenden Fällen und nur kurz zu telefonieren, das Handy nachts auszuschalten, keine Spiele am Handy zu spielen, es während des Gesprächsaufbaus und beim Versenden von SMS-Nachrichten nicht in Kopfnähe zu bringen sowie ein paar Meter Abstand von anderen Personen zu halten, da sie mitbestrahlt werden. Speziell bei Kindern sollten diese Regeln beachtet werden, da Kinder gegenüber hochfrequenter Strahlung empfindlicher sind als Erwachsene.

Wie Dorner anmerkt, sind die von der Wiener Ärztekammer postulierten Vorsichtsmaßnahmen "ohne wirkliche Einschränkung der Mobilität und Lebensfreiheit" möglich. "Keiner kann mir wirklich erzählen, dass sein Handy eingeschaltet während der ganzen Nacht unbedingt am Kopfpolster liegen muss. Und auch das Weghalten des Handys während des Rufaufbaus vom Körper mindert nicht wirklich die Bequemlichkeit des Handy-Benützers".

Wiener Schmerztag gut angenommen

Rund 8.500 BesucherInnen kamen ins Wiener Rathaus

Wien, 5. November 2005 (OTS) - Rund 8.500 BesucherInnen strömten am Freitag ins Rathaus, um sich am 1. Wiener Schmerztag kostenlos über den chronischen Schmerz, die Schmerzentstehung und die Vielfalt der diagnostischen, therapeutischen und komplementärmedizinischen Behandlungsmöglichkeiten zu informieren. Vorträge renommierter Schmerz-Therapeuten standen ebenso am Programm wie Gesundheits-Checks und Diskussionen.

"Es ist der Stadt Wien ein wichtiges Anliegen, rechtzeitig vorzubeugen und über die Möglichkeiten der Schmerzvermeidung und Schmerzbehandlung aufzuklären" so Marianne Klicka, Vorsitzende des Wiener Gesundheits- und Sozialausschusses. Klicka betonte in ihrer Eröffnungsrede, "wie wichtig die kompetente medizinische Hilfe für die Betroffenen ist, da die

Schmerzbehandlung eine fachübergreifende, enge Zusammenarbeit mit dem Arzt und oft auch mit Psychologen und Sozialarbeitern erfordert".

Der 1. Wiener Schmerztag wurde von der Initiative "Contra Dolorem" - mit ihren Vertretern Univ. Prof. Dr. Michael Zimper, Univ. Prof. Dr. Alexander Kober, Dr. Renate Barker und DSP Frank Lieba - gemeinsam mit der Stadt Wien ins Leben gerufen. Damit wurde ein wichtiger Schritt im Kampf gegen die "Volkskrankheit Schmerz" gesetzt.

Rückfragehinweis:

Mag. Stefan Hirsch

Mediensprecher Stadträtin Mag.a Renate Brauner

Tel.: 4000/81231

Mobil: 0664/431 10 13

e-mail: hir@ggs.magwien.gv.at

Ich habe gut zuhören können

Erfahrungen eines erfüllten Lebens

Frau Juliana Urschal wohnt in Wien. Mit ihren 76 Jahren strahlt sie Lebensfreude aus und ihre gutmütigen Augen beginnen zu funkeln, wenn sie über ihre Lebenserfahrungen spricht. Sie hat beruflich viel erreicht – leitete in der Gemeinde Wien in der Abteilung soziale Dienste einen Bereich, in dem ca. 500 MitarbeiterInnen zusammengefasst waren. Nach ihrer Pensionierung hat sie einen guten Übergang geschaffen und sich weiter sozial engagiert. Und vor allem eines, sie ist sich selbst treu geblieben und sucht in allen Lebenssituation positive Aspekte zu entdecken.

Frau Urschal ist in besonderer Weise am Kontakt mit anderen Menschen interessiert. Sie arbeitete in der Gemeinde Wien im Bereich soziale Dienste. Zu ihren Aufgaben gehörte es, mit Hilfe ihrer MitarbeiterInnen für Menschen in sozialer Not eine Erleichterung zu finden. Auf die Frage was ihr in ihrem Berufsleben besonders nahe gegangen sei, meint sie: „Fälle von Verwahrlosung haben mich am meisten berührt.“ Ursachen für Verwahrlosung konnten Überalterung sein, Alkohol- oder Drogenprobleme. Ihre Abteilung hat festgestellt, welche Maßnahmen für die betroffenen Personen hilfreich sein könnten.

Interesse am Menschen

„Es ging zum Beispiel darum, ob eine Heimhilfe erforderlich ist, ob Essen auf Rädern angeliefert wird oder eine mobile Krankenschwester vorbeikommen soll. In anderen Fällen ging es darum, die Übersiedlung in ein Altersheim vorzubereiten.“ Auf ihre Erfahrungen im Berufsleben angesprochen sagt Frau Urschal: „Ich habe gut zuhören können, mich immer für den Menschen vor mir interessiert.“ Sie fragte wie die persönliche Situation sei, wie es der Familie geht, welche besondere Situation zu berücksichtigen sei.

Geholfen auf ihrem Weg haben ihr sicher auch die Erfahrungen mit der eigenen Familie. Sie hat vier Kinder zur Welt gebracht – zwei Söhne und zwei Töchter. Aus deren Familien gibt es fünf Enkelkinder und bereits zwei Urenkelin. Als sie 1989 in Pension ging, hat sie sich jedoch nicht nur um ihre Familie gekümmert.

Seniorengruppe als große Familie

Sie hatte Kontakt zu einer Gruppe von ungefähr fünfzig Menschen, die sich für freiwillige soziale Projekte

einsetzte. Es gab Sammlungen für Pflegeheime, Weihnachtssammlungen für Kinder, eine kleine Theatergruppe. Im Laufe der Jahre entwickelte sich die Gruppe zu einer großen Familie und irgendwann kam der Zeitpunkt, wo

Frau Urschal gebeten wurde, die Leitung der Gruppe zu übernehmen.

Sie organisierte ein Mal im Monat einen Tagesausflug mit dem Bus in verschiedene österreichische Bundesländer. Einmal ging es in die Wachau, dann nach Baden bei Wien, Tirol stand auf dem Programm oder man fuhr in die Steiermark. Zwei Mal im Monat trafen sich die Mitglieder zu geselligen Runden. Geburtstage wurden gebührend gefeiert, Konzerte besucht, Ausstellungen – auch Laientheater wurde zu besonderen Anlässen gespielt. Beliebt waren auch die von Frau Urschal geführten Wiener Stadtrundgänge.

Mit dem Abschied umgehen

Im Laufe der letzten fünfzehn Jahre sind dann einige liebgewordene Menschen in die andere Welt vorausgegangen. So ein Abschied war nicht leicht – aber man half sich gegenseitig und erinnerte sich an die eine oder andere Person in Alltagssituationen: „Jetzt hätte sie, dies oder jenes gesagt ...“ Ein liebe Freundin von Frau Urschal, die bei unserem Gespräch dabei war bringt es auf den Punkt: „Wir sollten uns nicht beklagen über das, was zu Ende ging, sondern uns darüber freuen, was wir gemeinsam erleben konnten.“ – diese Lebensweisheit hätte ihnen sehr geholfen.

Im Rückblick erzählt unsere Interviewpartnerin über eine Familie Wagner, die in ihrem Wohngebiet einige Zeit aktive Nachbarschaftshilfe geleistet hat: „Eigentlich hat mich die Tätigkeit der Familie Wagner inspiriert für meine weiteren Aktivitäten mit der Seniorengruppe.“ Beim Abschied drückt Frau Urschal die Hoffnung aus, dass ihre Erfahrungen vielleicht für andere Menschen hilfreich sein könnten. Wir freuen uns, sie kennengelernt zu haben.

Karl Ebinger



Volkshilfe Ausseerland wird mit Austria Pflege Award 2005 ausgezeichnet

Jährlich schreibt die weltweit tätige Firma KCI, die Therapiesysteme vertreibt, den KCI Austria Pflege Award 2005 aus. Der Preis ging diesmal an das Team der Mobilen Dienste der Volkshilfe Ausseerland.

KCI Austria schreibt österreichweit jährlich für alle in der Pflege tätigen Personen bzw. Einrichtungen im Gesundheitswesen den Pflege Award aus. Gleich 22 Projekte kamen in die nähere Begutachtung. Die Volkshilfe Steiermark mit ihrem Team aus dem Ausseerland sorgte für eine große Überraschung: Von einer Fachjury wurde die eingereichte Arbeit der Volkshilfe Ausseerland mit dem KCI Austria Pflege Award 2005 ausgezeichnet.

„Pflegerische Angehörige“ war der Titel der ausgezeichneten Arbeit. „In Österreich werden 80 % betreuungs- und pflegebedürftige Menschen zu Hause, unbemerkt von der Öffentlichkeit von

ihren Angehörigen versorgt!“ informierte Einsatzleiterin Steffi Machart von der Volkshilfe Ausseerland bei der Verleihung des „Pflege-Awards“ im Hotel Panhans am Semmering.

Die Mitarbeiterinnen von den mobilen Diensten der Volkshilfe Ausseerland wollten mit diesem Projekt auf die Ängste, Sorgen und Probleme der pflegenden Angehörigen aufmerksam machen. Die Volkshilfe im Ausseerland beschäftigte sich daher mit der Überlastung und Überforderung von Angehörigen.

Sie stellten das Ausmaß der Überlastung fest, überlegten sich Wege aus der Überforderung, zeigten Positives auf und blickten mit „Was muss geschehen“ in die Zukunft.

„Für uns ist diese hohe Auszeichnung eine Bestätigung für unsere Arbeit“ so Sozialstationsleiterin Waltraud Gaiswinkler nicht ohne Stolz.

Der KCI-Award wird bereits seit 1995 vergeben. Pflegepersonen aus allen Bereichen des Gesundheitswesens können sich bewerben und ein Projekt einreichen.



Das "Siegerteam": vorne rechts EL Steffi Machart, links Gerti Feldammer, 2. Reihe v. l. Christin Thonhofer, Brigitte Stabel, Maria Mayr, Waltraud Gaiswinkler (SS-Steuerin) hinten v. l. Regina Hahn, Brigitte Grafl, Gerlinde Scheutz, Sonja Höller

Pflegebereitschaft bei Angehörigen nimmt ab

Eine gravierende Entwicklung im Sozialbereich spricht eine neue Studie des Linzer Meinungsforschungsinstitutes IMAS an. Die Bereitschaft nahe Angehörige zu pflegen, nahm in den letzten Jahren kontinuierlich ab. Bereits jeder vierte Österreicher muss sich im Falle einer länger andauernden Bettlägrigkeit Sorgen um seine Betreuung machen. Im Jahre 1988 waren es noch 16 Prozent, 2003 bereits 21 Prozent.

Besondere Schwierigkeiten in einem solchen Fall haben Singles. Nur 43 Prozent der allein stehenden Personen haben die Sicherheit, bei einer länger andauernden Krankheit betreut zu werden. Auch das Lebensalter spielt eine Rolle. Personen über 50 Jahren befürchten zu 32 Prozent keine ausreichende Hilfestellung zu haben.

Charakteristisch für die gesamte Entwicklung sei laut der IMAS-Studie, eine leicht abnehmende Bereitschaft der Verwandten bei einer Langzeiterkrankung Pflegehilfe zu gewähren. Immer mehr Menschen müssen in einer gesundheitlichen Krisensituation auf die Hilfe von Bekannten, Nachbarn oder auf Sozialdienste hoffen.

Selbstversicherung für pflegende Angehörige

Seit 1. Jänner 2006 gibt es eine Verbesserung für pflegende Angehörige. Die begünstigte Selbstversicherung wird einem größeren Kreis von Personen geöffnet.

Hatte man bisher nur Anspruch, wenn im Falle der Pflege der Job aufgegeben werden musste, können sich nun auch pflegende Hausfrauen / Hausmänner günstig selbst versichern. Bei Teilzeitkräften mit Pflegeverpflichtungen wurde die Möglich-

Weiters erhoben die Meinungsforscher, dass 80 Prozent der Österreicher in der Hauskrankenpflege ein wichtiges Anliegen sehen. Mehr als die Hälfte der Bevölkerung misst ihr sogar eine sehr große Bedeutung bei.

Diese Einschätzung ist vor dem Hintergrund sich wandelnder Familienstrukturen zu verstehen. Im Rahmen der repräsentativen Umfrage, die im Herbst 2005 erhoben wurde, befragte man 1050 Personen.



keit geschaffen, sich kostengünstig höher versichern zu lassen.

Voraussetzung für die günstige Versicherung ist, dass der zu Pflegenden zumindestens Pflegegeld der Stufe 3 bezieht. Zuletzt gab es in Österreich ca. 310 000 Pflegegeldbezieher. Davon bezogen rund 175 000 Pflegegeld der Stufe 1 und 2.

Sozialministerin Ursula Haubner kündigte für 2006, die Errichtung eines Pools von Fachkräften für Hausbesuche an, die Pflegegeldbezieher ab der Stufe 3 Hilfestellung geben. Weitere Informationen beim Pflergetelefon: 0800 20 16 22.

Abschied nehmen zu Hause

Programm zur Sterbebegleitung

Der Private Pflegedienst ISL bietet ein besonderes Programm für die letzte Lebensphase an.

Eine würdevolle Art, Abschied zu nehmen: zu Hause, im Kreise der Familie, der Freunde und der Verwandten. Noch vor fünfzig Jahren war es üblich, Geburt und Tod im Kreise der Familie zu erleben. Beides war akzeptiert als Teil des großen Lebensraumes. Die heutige Gesellschaft hat das Sterben aus ihrem Gesichtsfeld verbannt; der moderne Mensch begegnet dem Tod in Einsamkeit und in der Anonymität von Institutionen. Er beschließt sein Leben im Krankenhaus oder Pflegeheim, fern seiner Familie.

Viele Menschen jedoch wünschen sich einen Abschied in Würde und Geborgenheit. In ihren letzten Stunden möchten sie ihren Lieben nahe sein. Der bevorstehende Tod eines nahen Menschen stellt besonders die Angehörigen vor eine schwere, komplizierte und angespannte Situation. Unser Programm "Sterbebegleitung - Abschied nehmen zu Hause" hilft, über diese oft sehr schwierigen Stunden und Tage hinweg zu kommen.

* Wir helfen mit unserer 24-Stunden-Anwesenheitspflege "Rund um die Uhr".

* Wir helfen bei der ganzheitlichen Begleitung von Menschen in ihrer letzten Lebenszeit zu Hause in gewohnter Umgebung.

* Wir helfen bei der Ausgestaltung des Lebensraumes des Sterbenden.

* Wir helfen bei der Führung des Haushaltes: wir kaufen ein, kochen, waschen, machen sauber und vieles mehr.

* Wir helfen durch seelischen Beistand für die Angehörigen in dieser schweren Zeit.

Darüberhinaus bietet ISL folgende Pflegeprogramme an: Krankenhaus-Nachsorge, Langzeitpflege, Entlastung für pflegende Angehörige, Urlaubsbegleitung (die Pflegekraft betreut am Urlaubsort).

Weitere Hinweise unter: www.pflege-rundum.at

ISL gemeinnützige GmbH

Wie kommen wir uns näher, wenn Sie eine Anfrage zur Pflege haben?

Erster Schritt:

Ihr erster Kontakt mit uns
Rufen Sie uns zum Ortstarif an. Telefon-Nr. 08 10 / 24 24 07. Wir senden Ihnen dann umfangreiches Informationsmaterial zu.

Zweiter Schritt:

Ihr Kontakt mit dem Einsatzbüro
Das Einsatzbüro setzt sich umgehend mit Ihnen in Verbindung und vereinbart mit Ihnen einen gemeinsamen Gesprächstermin vor Ort.

Dritter Schritt:

Gemeinsamer Gesprächstermin
Unsere Büroleitung wird Ihre Fragen und die der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen kompetent beantworten und auf den Patienten zugeschnittene Pflegeprogramme vorstellen oder gemeinsam mit Ihnen erarbeiten.

Vierter Schritt:

Wer pflegt und betreut?
Wir suchen für die Pflegestelle eine kompetente, zuverlässige und auch menschlich passende Pflegepartnerin bzw. einen Pflegepartner aus, die oder der den Pflegebedürftigen dann liebevoll zu Hause umsorgt.

Fünfter Schritt:

Beginn der Pflege und Betreuung
Nachdem der Patient sich für eine häusliche „Rund um die Uhr“-Pflege entschieden hat, beginnen wir nach vorheriger Zeitabsprache die Pflege und Betreuung. Falls alles reibungslos klappt, kann die Pflege zu Hause **innerhalb von 2 bis 4 Tagen nach dem ersten Anruf** beginnen. Unsere Büroleitung hält Sie auf Wunsch gerne auch weiter über die Fortschritte Ihrer von uns gepflegten Patienten auf dem Laufenden.

Wir pflegen „Rund um die Uhr“
überall in Österreich

Individualität · Selbstbestimmung · Lebensqualität – auch im Alter oder bei Pflegebedürftigkeit!



(C) 2005 Karl Ebinger und dessen Lizenzgeber

Häusliche Pflege „Rund um die Uhr“ – überall in Österreich

Der gemeinnützige Pflege- und Betreuungsdienst ISL GmbH umsorgt pflegebedürftige Menschen zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung Tag und Nacht „Rund um die Uhr“, 365 Tage im Jahr. Das unterscheidet ihn von den meisten anderen Pflegeanbietern, die in der Regel nur stunden- oder minutenweise anwesend sind.

Die Hilfebedürftigen bleiben in ihrer gewohnten Umgebung, ihre sozialen Kontakte bleiben erhalten, sie fühlen sich wohl und geborgen.

Die Pflegepartner (Pflegekräfte) des gemeinnützigen Pflege- und Betreuungsdienstes ISL GmbH leisten Grundpflege, führen den Haushalt und sorgen für eine situationsgerechte Ernährung. Sie aktivieren und mobilisieren die Kunden nach Anleitung der Ärzte und Therapeuten.

Kurzum, der Gemeinnützige Pflege- und Betreuungsdienst ISL GmbH gewährleistet eine dauerhafte Alternative zum Alters- oder Pflegeheim.

**Kontaktieren Sie uns,
wir informieren Sie ausführlich.
Telefon 08 10/24 24 07
(österreichweit zum Ortstarif)**

**Telefax 0 48 52/714 87
Internet: www.pflege-rundum.at
E-mail: isl@aon.at**